

Kleine Ausland-Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **27 (1948)**

Heft 1

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kleine Ausland-Nachrichten

Die Einkommenssteuer in den Vereinigten Staaten

Auf Grund der offiziellen Publikationen, die uns von der USA-Gesandtschaft in Bern in freundlicher Weise zur Verfügung gestellt worden sind, informieren wir unsere Leser, mit Hinblick auf die Bundesfinanzreform, über die Einkommenssteuer in den Vereinigten Staaten.

Durch Vergleich mit analogen englischen und kanadischen Zahlen haben wir festgestellt, daß die Einkommenssteuer in England und in Kanada erheblich höher ist und vor allem eine steilere Progression aufweist als in den USA. So zahlte im Jahre 1942 ein alleinstehender amerikanischer Steuerpflichtiger mit einem Netto-Einkommen von 5000 \$ nur 1105 \$ «income tax», ein britischer 1770 \$ und ein kanadischer 1780 \$. Bei einem Netto-Einkommen von 10 000 \$ belief sich die «income tax» in den USA auf 2783 \$, in England auf 4380 \$ und in Kanada auf 4502 \$¹. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in den Vereinigten Staaten das Einkommen der Aktiengesellschaften zweimal besteuert wird: einmal bei der Firma und sodann bei jedem einzelnen Dividenden-Empfänger, während in England die Dividenden nur «an der Quelle» erfaßt werden.

Die Gestaltung der Einkommenssteuer in den USA ergibt sich aus folgender Tabelle:

Einkommen in Dollar	Einkommenssteuer für Alleinstehende in Dollar	Einkommenssteuer für Steuerpflichtige mit Frau und einem Kind in Dollar
1 000	107	13
2 000	333	58
5 000	1 105	730
10 000	2 783	2 207
20 000	7 626	6 693
50 000	28 058	26 392
100 000	69 665	67 803

Bei den höchsten Einkommenskategorien (500 000 \$ und mehr) erreicht die amerikanische «income tax» 90 Prozent des Einkommens. In England und Kanada geht die Progression noch darüber hinaus.

Bemerkenswert sind die fühlbaren Steuererleichterungen, welche in den USA dem verheirateten Steuerpflichtigen, insbesondere wenn er noch Kinder hat, zubilligt werden. In England und in Kanada sind diese Vergünstigungen, vor allem bei den unteren und mittleren Einkommenskategorien, noch wesentlich höher. Zu dieser Regelung sind die genannten angelsächsischen Staaten gekommen, ohne große Worte über «Familienschutz» zu verlieren.

Indirekte Steuern in den USA

Der vom Verband amerikanischer Steuerämter herausgegebenen Zeitschrift «Tax Administrators News» (April 1947) entnehmen wir, daß die Finanzämter der Vereinigten Staaten im März 1947 unter anderm folgende Einnahmen verzeichneten:

Abgabe von Auto-Treibstoffen	81,9 Millionen Dollar
Umsatzsteuer	98,8 Millionen Dollar
Tabaksteuer	19 Millionen Dollar
Likörsteuer	15 Millionen Dollar
Biersteuer	8,8 Millionen Dollar
Weinsteuer	0,65 Millionen Dollar

¹ Für die Umrechnung wurde ein englisches Pfund mit 4 \$, ein kanadischer Dollar mit 91 Cents bewertet.

Interessant sind die Proportionen dieser Beträge. Die Summe der Likör- und der Biersteuer kommt rund einem Viertel des Ertrages der Umsatzsteuer gleich. Die amerikanische Finanzgesetzgebung packt die alkoholischen Getränke offenbar recht energisch an. Ein beachtenswertes Vorbild für unsere Bundesfinanzreform!

Kanada bereut die Abschaffung der Preiskontrolle

Im Jahre 1946 wurde in Kanada ein «allgemeines Verlangen nach Abschaffung der Preiskontrolle» laut, dem sich nur einige Sozialisten erfolglos zu widersetzen versuchten. Ein Beschluß, die Preisgestaltung freizugeben, wurde gefaßt, und die schlimmen Folgen blieben nicht aus. Der Lebenskostenindex (1939 = 100), der noch 1945 auf 119 gestanden hatte, kletterte im Januar 1947 auf 127 und im November 1947 auf 143,6 hinauf. Der Nahrungsmittelindex hat sogar 173,6 Punkte erreicht. Selbst in den Reihen der kanadischen Liberalen wird nun, wie der «Economist» zugibt, die Wiederherstellung der Preiskontrolle als wünschenswert bezeichnet; doch antwortet die Regierung, daß eine *Wiederherstellung* der komplizierten Maschinerie der Preiskontrolle nicht möglich sei.

Große Sorgen macht den Kanadiern die Abschaffung der Preiskontrolle mit Hinblick auf den Marshall-Plan. Kommt dieser zustande und erhält Kanada die in Aussicht gestellten 3 Milliarden Dollar, wie soll es dann ohne Preiskontrolle, ohne Mieterschutz und ohne Rationierung Güter in entsprechendem Wert für den Export sicherstellen und einen katastrophalen Fortschritt der Inflation verhüten?

In blinder Wut hat das kanadische Bürgertum, von «Sehnsucht» nach «ökonomischer Freiheit» irregeführt, die während des Krieges ausgebildeten Instrumente der Wirtschaftslenkung zertrümmert, statt von ihnen auch in der Nachkriegszeit einen sinnvollen Gebrauch zu machen. Nun ist der Schaden, den man angerichtet, irreparabel.

Lebensmittelverbilligung in England

Der englische Staat gibt jährlich etwa 400 Millionen Pfund aus, um der Bevölkerung die wichtigsten Lebensmittel zu herabgesetzten Preisen zugänglich zu machen. Wie sich die Verbilligung auswirkt, geht aus folgender Tabelle (es liegen ihr die Preise vom 1. April 1947 zugrunde) deutlich hervor, die wir dem Januarheft des «Socialist Commentary» entnehmen:

Art der Nahrungsmittel	Preise ohne Subsidien	Staatlicher Zuschuß	Netto-Preise für den Konsumenten
1 Pfund Rindfleisch	1 s 7¼ d	3½ d	1 s 3¾ d
1 Pfund Schafffleisch	1 s 9 d	3½ d	1 s 5½ d
1 Pfund Speck	2 s 4¾ d	6¾ d	1 s 10½ d
7 Pfund Mehl	2 s 5¾ d	1 s ¼ d	1 s 5½ d
4 Pfund Brot	1 s 4½ d	6¼ d	10¼ d
1 Pfund Tee	3 s 9 d	11 d	2 s 10 d
1 Pfund Zucker	7 d	3 d	4 d
1 Flasche Milch	11 d	2 d	9 d
7 Pfund Kartoffeln	1 s ¼ d	4¾ d	7½ d
1 Pfund Margarine	1 s 1¼ d	4¼ d	9 d
1 Pfund frische Butter	2 s 3¾ d	9¾ d	1 s 6 d
1 Pfund Käse	1 s 6½ d	8½ d	10 d
1 Dutzend frische Eier	3 s 8 d	1 s 8 d	2 s

Für eine Familie (Ehepaar und zwei Kinder) ergeben die staatlichen Verbilligungszuschüsse wöchentlich etwa 12 s 6 p, monatlich also etwa 2½ Pfund. In der Schweiz macht die Verbilligungsaktion des Bundes rund einen Drittel dieses Betrages aus.

Elektrizitätsversorgung in Frankreich

Auch die französische Stromversorgung ist diesen Winter von einer Krise heimgesucht worden. Die Zeitschrift «L'Electricité de France» hat in einem Artikel: «La crise hivernale de l'énergie électrique» unter anderem folgendes ausgeführt:

«Zwischen 1895 und 1919 wurden in Frankreich jedes Jahr mehrere hydraulische Kraftwerke gebaut. Obwohl die Zahl der neuerstellten Zentralen in der Zeit von 1919 bis 1935 merklich abnahm, standen 1935 doch insgesamt 250 Werke in Betrieb. Durchschnittlich sind also jedes Jahr mehr als fünf neue Werke in Gebrauch genommen worden. Dagegen sind im Jahrzehnt 1935 bis 1945 nur 25 neue Zentralen gebaut worden, das heißt, nur etwa $2\frac{1}{2}$ im Jahresdurchschnitt, der pro 1935/1940 sogar auf 1 sank ...

Die Knappheit an Kohle und Heizöl hat viele Konsumenten seit 1939 dazu veranlaßt, ihre Anlagen durch elektrische Apparate zu ersetzen. In der Region von Paris allein ist die Zahl der Stromabonnenten in den Jahren 1938 bis 1946 von 2,24 auf 2,43 Millionen gestiegen. Überdies hat jeder Franzose seinen jährlichen Stromverbrauch im Durchschnitt von 496 Kilowattstunden (1938) auf 617 Kilowattstunden (1946) erhöht, und diese Zunahme hat sich 1947 in gleichem Rhythmus fortgesetzt.»

Daß die Diskrepanz zwischen dem wachsenden Strombedarf der Konsumenten und dem nachhinkenden Bau neuer Kraftwerke nicht zuletzt auf den Mangel einer Planung im Bereich der Elektrizitätswirtschaft zurückzuführen ist, dürfte klar sein. Tout comme chez nous.

Britische Truppen in Griechenland

In ihrer Nummer vom 3. Januar befaßt sich die englische Wochenschrift «*The New Statesman and Nation*» mit der heiklen und nicht ungefährlichen Situation, die sich in Griechenland seit der Ausrufung der kommunistischen Gegenregierung Marcos' ergeben hat. Falls es den griechischen Kommunisten gelänge – führt das Blatt aus –, in Athen die Macht zu ergreifen, wäre die Unterwerfung der Dardanellen unter Rußlands Kontrolle nur noch eine Frage der Zeit; die Haltung der Türkei gegenüber der Sowjetunion würde sich dann wohl ändern, und das ganze Gleichgewicht der Mächte im Mittleren Osten müßte ins Wanken geraten. Eine derartige Entwicklung könnten die Amerikaner nicht zulassen, ohne das zentrale Dogma der Truman-Doktrin aufzugeben. Und deshalb bestehe die Gefahr, daß der griechische Bürgerkrieg eine Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nach sich ziehe, obwohl weder die USA noch die USSR bereit seien, einen Krieg auszulösen (prepared to 'start a war'). Unter diesen Umständen erhebe sich die Frage, was für eine Politik England hinsichtlich Griechenlands einschlagen solle. Das Blatt bedauert, daß Churchill im fatalen Winter 1944 sich entschlossen habe, die EAM-Bewegung zu zerschlagen, und daß später keine Möglichkeit vorhanden gewesen sei, diesen Entschluß zu sühnen. Wie dem auch sei, England trage eine erhebliche Verantwortung (a major part of the responsibility) dafür, daß in Griechenland die Schaffung einer stabilen Koalitionsregierung der Linken und der bürgerlichen Mitte (Left-centre government) mißlungen ist zu einer Zeit, als Rußland noch gewillt war, sich an das Abkommen von Yalta zu halten und Griechenland dem Einfluß Großbritanniens zu überlassen. Jetzt liege die Einsetzung einer solchen Koalitionsregierung freilich nicht mehr im Bereich der Möglichkeit. Es stehe nur noch die Wahl offen zwischen einer extremen Linken und der Herrschaft einer extremen Rechten. Das Land der unglücklichen Griechen müsse nun entweder unter amerikanischer Kontrolle bleiben oder unter die Kontrolle Rußlands geraten. Die Entscheidung darüber liege jedoch nicht in britischer Hand. Was Mr. Bevin auch wünschen möge – der Konflikt wird, durch Gewalt oder durch Verständigung, zwischen Moskau und Washington ausgetragen werden. Infolgedessen müsse England danach trachten, durch seinen Einfluß den Ausbruch eines Krieges zu verhüten und eine Beilegung des Konfliktes durch den Sicherheitsrat der UNO zu erwirken. Zu dieser Rolle eines Friedensstifters stehe unglücklicherweise die Tatsache im Widerspruch, daß sich zurzeit etwa 5000 britische Soldaten auf griechischem Boden befinden. Jeden Augenblick können sie in einen

Krieg verwickelt werden, dessen Strategie nicht von London, sondern von Washington aus dirigiert würde. Seit England, im März des letzten Jahres, sich außerstande erklärt hat, seine in Griechenland und in der Türkei zu erfüllenden Engagements aufrechtzuerhalten, haben die USA die volle Verantwortung für die der griechischen Regierung zu leistende Hilfe und Beratung sowie für die Belieferung, Organisation und Leitung der griechischen Armee übernommen. Trotzdem stehen britische Truppen, deren baldiger Rückzug wiederholt versprochen worden ist, noch immer in Griechenland. Das widerspreche dem Grundsatz der britischen Regierung, dort, wo Politik und Strategie durch andere Mächte diktiert werden, keine englischen Truppen zu halten. Sollte Rußland jedoch einen offenen Konflikt mit den USA nicht zu provozieren wünschen, so würde gerade die Anwesenheit britischer Truppen in Griechenland dem Kreml einen sehr guten Vorwand liefern, die Angelegenheit vor den Sicherheitsrat zu bringen und dort die westlichen Mächte ins Unrecht zu versetzen. England müsse bestrebt sein, den griechischen Konflikt im Rahmen eines Bürgerkrieges zu halten – dann sollen aber auch nur Griechen gegen Griechen kämpfen. England müsse jene Position einnehmen, die es brauche, um vor dem Sicherheitsrat als Vermittler (Mediator) aufzutreten. Ziehe man die britischen Soldaten aus Griechenland nicht zurück, so liefere man den Russen nur Beweise für westliche Einmischungsabsichten und Vorwände für kommunistische Interventionen.

Mütterfürsorge in der Sowjetunion

Das Präsidium des Obersten Sowjets der USSR hat am 25. November 1947 einen Ukas publiziert, dem wir, an Hand einer russischen Zeitung, folgende Angaben entnehmen:

Vor dem zweiten Weltkrieg pflegte die Sowjetunion an Mütter, die mehrere oder viele Kinder aufzuweisen hatten, insgesamt 1,2 Milliarden Rubel jährlich auszugeben. Während des Krieges wurden diese Aufwendungen erhöht, so daß sie im Jahre 1947 den Betrag von 5 Milliarden Rubel überstiegen. Nachdem sich nun aber die Kaufkraft des Rubels bedeutend erhöht hat, rechtfertigt sich ein gewisser Abbau der an die Mütter auszahlenden Beihilfe, und zwar auf etwa 3 Milliarden Rubel. Vom 1. Januar 1948 an treten deshalb folgende Ansätze in Kraft:

	Einmalige Zuwendungen Rubel	Monatliche Zahlungen Rubel
An Mütter mit 2 Kindern, bei Geburt des dritten Kindes	200	—
An Mütter mit 3 Kindern, bei Geburt des vierten Kindes	650	40
An Mütter mit 4 Kindern, bei Geburt des fünften Kindes	850	60
An Mütter mit 5 Kindern, bei Geburt des sechsten Kindes	1000	70
An Mütter mit 6 Kindern, bei Geburt des siebenten Kindes	1250	100
An Mütter mit 7 Kindern, bei Geburt des achten Kindes	1250	100
An Mütter mit 8 Kindern, bei Geburt des neunten Kindes	1750	125
An Mütter mit 9 Kindern, bei Geburt des zehnten Kindes	1750	125
An Mütter mit 10 Kindern, bei Geburt jedes folgenden Kindes	2500	150

Alleinstehende (unverheiratete) Mütter erhalten monatlich 50 Rubel für ein Kind, 75 Rubel für zwei Kinder, 100 Rubel für drei oder mehr Kinder.